

Protokoll: Stadtratsitzung Speyer

Teilnehmende:	Stefanie Seiler, Bianca Hofmann, Robin Nolasco, Michael Wagner, Christian Kölsch, Nicole Höchst, Jana Dreyer, Johannes Kabs, Claus Ableiter, Aurel Popescu, Walter Feiniler, Dr. Sarah Mang-Schäfer, Benjamin Haupt, Angela Wolf, Sabine Dittus
Datum:	08.05.2025
Uhrzeit:	07:51
Autor:	Moritz Hübner

Tagesordnungspunkte

TOP	Text
1.	<p style="text-align: center;">Sitzungsbeginn und Begrüßung</p> <p>Stefanie Seiler bittet die Anwesenden, Platz zu nehmen.</p>
2.	<p style="text-align: center;">Begrüßung</p> <p>Stefanie Seiler begrüßt die Anwesenden zur 9. Sitzung des Stadtrates und stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht versandt worden sei. Sie informiert über eine Änderung der Tagesordnung, indem der Tagesordnungspunkt 911, betreffend die Autobahnbeschilderung zum Thema Schumm, aufgenommen werde. Sie betont, dass eine heutige Beschlussfassung einen Monat Zeitgewinn bedeuten könne, da die Bearbeitung und Umsetzung voraussichtlich noch längere Zeit in Anspruch nehmen werde. Sie verweist darauf, dass der Kulturausschuss bereits über das Thema informiert worden sei und bittet um Zustimmung zur Aufnahme des Punktes in die Tagesordnung. Es gebe keine Einwände gegen die Tagesordnung.</p> <p>Stefanie Seiler erinnert an die historische Bedeutung des heutigen Datums, dem 8. Mai, an dem vor 80 Jahren der Zweite Weltkrieg mit der bedingungslosen Kapitulation des nationalsozialistischen Deutschlands geendet habe. Sie bezeichnet den 8. Mai als Tag der Befreiung von Terrorregime, Krieg und Völkermord. Sie hebt hervor, dass die jüdische Gemeinde Speyer, einst ein fester Bestandteil der Stadtgesellschaft, durch Verfolgung, Deportation und Ermordung nahezu vollständig ausgelöscht worden sei. Sie nennt exemplarisch Personen wie Jakob und Emma Schultheiß sowie Hermann und Hugo Steigleiter, die verfolgt, verhaftet oder ermordet worden seien, und verweist auf die Stadträtin Marie Wolf, die zur Flucht gezwungen worden sei.</p> <p>Stefanie Seiler führt aus, dass die Auswirkungen des Faschismus bis heute in der Stadt sichtbar seien, etwa durch Stolpersteine vor den ehemaligen Wohnhäusern der Opfer oder durch Zeitzeugenberichte der Angehörigen. Sie verweist auf das Triptychon von Hans Purmann im Sitzungssaal, das 1933 Ziel</p>

	<p>nationalsozialistischer Hetze geworden sei und mit einer Hakenkreuzfahne verhängt worden sei. Purmanns Kunst sei als „entartet“ diffamiert worden, was ihn und seine Familie ins Exil gezwungen habe. Stefanie Seiler betont die Zerbrechlichkeit und den Wert der Demokratie, die unter großen Opfern errungen worden sei. Sie warnt vor dem zunehmenden Rechtspopulismus, der spalte, Hass schüre und das Vertrauen in die Demokratie schwäche. Sie appelliert an die Verantwortung der politischen Vertreterinnen und Vertreter, wachsam zu bleiben und entschieden gegen jede Form von Rechtsextremismus vorzugehen. Sie fordert dazu auf, die Grundwerte der Gesellschaft zu verteidigen und sicherzustellen, dass „Nie wieder“ nicht zu einer bloßen Floskel verkomme. Sie erklärt, dass in Speyer kein Platz für Rassismus, Ausgrenzung und Verachtung sei, und hebt die Werte der Stadt als Ort der Aufgeschlossenheit, des Dialogs, der Vielfalt und der Menschlichkeit hervor. Abschließend zitiert sie den ehemaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker mit den Worten, man solle sich nicht in Feindschaft und Hass gegen andere Menschen hineintreiben lassen.</p> <p>Der Beschlussvorschlag wird wie folgt formuliert:</p> <p style="text-align: center;">Aufnahme des Tagesordnungspunktes 911, betreffend die Autobahnbeschilderung zum Thema Schumm, in die Tagesordnung.</p> <p style="text-align: center;">Zustimmung, keine Einwände gegen die Tagesordnung.</p>
3.	<p style="text-align: center;">TOP 1. Fragen und Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern</p> <p>Stefanie Seiler erklärt, dass die Sitzung mit der Tagesordnung beginnt. Sie führt aus, dass zum ersten Tagesordnungspunkt, welcher Fragen und Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern betrifft, keine entsprechenden Eingaben vorliegen würden.</p>
4.	<p style="text-align: center;">TOP 2. Umbaumaßnahmen - Innenstadt; Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion vom 07.04.2025</p> <p>Stefanie Seiler leitet die Diskussion zum Tagesordnungspunkt 2 ein, der eine Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion zu den Umbaumaßnahmen in der Innenstadt betrifft. Sie erteilt Bianca Hofmann das Wort, die die Anfrage näher erläutert. Bianca Hofmann erklärt, dass die Anfrage ursprünglich auch im Bauausschuss hätte behandelt werden können, jedoch aufgrund der Dringlichkeit des Themas direkt in die Stadtratssitzung eingebracht wurde. Sie hebt hervor, dass insbesondere der bevorstehende Frühling die Umsetzung bestimmter Maßnahmen dringlich mache.</p> <p>Bianca Hofmann spricht zunächst das Gelände der ehemaligen Kita Kunterbunt an. Sie berichtet, dass Bürgerinnen und Bürger bereits Anfang des Jahres Fotos des Geländes übermittelt hätten, die einen unansehnlichen Zustand dokumentierten. Zwar sei inzwischen eine gewisse Aufräumung erfolgt, jedoch bestehe weiterhin Unklarheit darüber, wie mit dem Gelände verfahren werde und ob bereits konkrete Planungen vorlägen. Anschließend thematisiert sie den Basketballkorb neben dem Jugendzentrum, der in der Vergangenheit intensiv genutzt worden sei und nun schmerzlich vermisst werde. Sie äußert die Frage, ob und wann dieser wieder aufgestellt werde, da vor Ort keine Bodenverankerung für eine erneute Montage erkennbar sei.</p> <p>Robin Nolasco übernimmt die Beantwortung der Anfrage und bedankt sich für die aufgeworfenen Fragen, die er als bedeutend für die Stadt einstuft. Bezüglich des Geländes der ehemaligen Kita Kunterbunt erläutert er, dass dort ein Klimapark entstehen solle, der von der sozial- und arbeitspädagogischen Einrichtung „Junge Menschen im Aufwind“ geplant und umgesetzt werde. Die Maßnahmen umfassen unter anderem Geländemodellierungen, die im Frühjahr beginnen sollen, wobei</p>

	<p>200 bis 300 Tonnen Mutterboden aufgebracht werden, um die Fläche für Anpflanzungen vorzubereiten. Zudem sei die Anlage eines Biotops, eines bepflanzten Pavillons sowie einer wassergebundenen Wegedecke vorgesehen. Die Umsetzung werde durch Spenden und die Unterstützung der Stadtwerke gefördert. Insgesamt seien etwa 4.000 Gewächse für themenbezogene Bepflanzungen geplant. Die Arbeiten würden von qualifizierten Landschaftsplanern und der Stadtgärtnerei betreut. Eine öffentliche Vorstellung des Projekts sei für Ende Mai oder Anfang Juni geplant, wobei die Akteure zu einem Infostand auf dem Gelände einladen würden. Die Nutzung des Geländes sei zunächst für fünf Jahre durch einen Vertrag mit der Stadt Speyer geregelt. Nach Ablauf dieser Frist könne eine Weiterentwicklung oder Neugestaltung im Rahmen eines Förderprojekts geprüft werden.</p> <p>Zum Thema des Basketballkorbs erklärt Robin Nolasco, dass dieser im Zuge der Sanierung des Belags der Skateranlage im Herbst 2024 abgebaut und zwischenzeitlich im Baubetriebshof aufbereitet worden sei. Die Wiederaufstellung sei innerhalb der nächsten 14 Tage geplant, jedoch an einem neuen Standort, etwa 20 Meter vom ursprünglichen Ort entfernt. Diese Verlagerung solle Konflikte zwischen Basketballspielern und Skatern vermeiden, um Unfallgefahren zu reduzieren und das Miteinander der Sportlerinnen und Sportler zu fördern.</p>
<p>5.</p>	<p>TOP 3. Status der Mitarbeiter/Lehrkräfte der VHS im Bereich der Integrationskurse; Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion vom 12.04.2025</p> <p>Stefanie Seiler fragt, ob es Rückfragen zum vorherigen Tagesordnungspunkt gebe. Da dies nicht der Fall sei, leite sie zum Tagesordnungspunkt 3 über, der eine Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion zum Status der mitarbeitenden Lehrkräfte der Volkshochschule (VHS) im Bereich der Integrationskurse behandle. Sie übergebe das Wort an Bianca Hofmann.</p> <p>Bianca Hofmann erklärt, dass die Anfrage eine grundlegende Bedeutung habe, da sie die Rechte der Lehrkräfte betreffe, die teilweise seit vielen Jahren in den Integrationskursen der Stadt Speyer tätig seien. Gleichzeitig müsse jedoch auch die finanzielle und rechtliche Situation der Stadt berücksichtigt werden. Sie weist darauf hin, dass die Frage der Scheinselbstständigkeit ein potenzielles Risiko für die Stadt darstelle, insbesondere im Hinblick auf mögliche finanzielle Konsequenzen. Sie betont, dass es wichtig sei, Transparenz zu schaffen, da viele Ratsmitglieder möglicherweise nicht über die genauen Abläufe informiert seien.</p> <p>Stefanie Seiler beantwortet die gestellten Fragen der FDP-Fraktion. Sie führt aus, dass am 8. Mai dieses Jahres 262 Teilnehmende in 17 Integrationskursen der VHS Speyer betreut worden seien. Für die Durchführung dieser Kurse seien 16 Lehrkräfte auf Honorarbasis vertraglich verpflichtet, von denen 13 bereits länger als fünf Jahre tätig seien. Die Kostenerstattung durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) erfolge pauschal pro Unterrichtseinheit und Teilnehmer. Der aktuelle Regelsatz betrage 4,58 Euro pro Unterrichtseinheit. Die Abrechnung erfolge auf Basis dokumentierter Teilnahme, wobei bei Abbruch oder Fehlen einzelner Teilnehmender anteilig gekürzt werde. Sie stellt klar, dass die Kostenerstattung keine zusätzlichen Kosten wie Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung, Urlaubs- oder Krankheitsvertretung, Lohnfortzahlung, Raum- oder Verwaltungskosten umfasse. Diese Kosten müssten bei einer Festanstellung von der Kommune getragen werden, was ein erhebliches wirtschaftliches Risiko darstelle.</p> <p>Stefanie Seiler erläutert weiter, dass die meisten Volkshochschulen auf Honorarkräfte zurückgriffen, da diese nur für tatsächlich geleistete Unterrichtsstunden vergütet würden und keine laufenden Fixkosten außerhalb des Kursbetriebs verursachten. Das BAMF gebe derzeit einen Mindesthonorarsatz von 42,23 Euro pro Unterrichtseinheit vor. Neben der VHS Speyer biete auch der Verein für berufliche Bildung (VFBB) Integrationskurse in Speyer an. Sie erklärt, dass die VHS Lehrkräfte im Rahmen von</p>

	<p>Honorarverträgen als freie Mitarbeitende beauftragen dürfe, sofern keine Merkmale eines abhängigen Beschäftigungsverhältnisses vorlägen, um eine Scheinselbstständigkeit zu vermeiden. Die Verträge regelten Kursinhalte, Dauer, Honorar, Ausfallregelungen und Abrechnung.</p> <p>Auf die Frage, ob die VHS Lehrkräfte auch als Angestellte beschäftigen könne, antwortet Stefanie Seiler, dass dies grundsätzlich möglich sei, jedoch aufgrund der pauschalen Förderung durch das BAMF wirtschaftlich schwierig sei. Sie hebt hervor, dass die leistungsbezogene Finanzierung, hohe Ausfallzeiten und schwankende Teilnehmerzahlen die Planungssicherheit erschwerten. Die Stadt trage bei einer Festanstellung das volle finanzielle Risiko, insbesondere in Zeiten ohne Unterrichtsbetrieb.</p> <p>Stefanie Seiler geht auf die Position des Stadtvorstands ein und betont, dass die VHS keine Lehrkräfte zur freien Mitarbeit zwingen, sondern im Rahmen der rechtlichen und finanziellen Vorgaben des Bundesministeriums handle. Sie weist darauf hin, dass einige Lehrkräfte die freie Mitarbeit ausdrücklich bevorzugten, da sie die damit verbundene Flexibilität und Unabhängigkeit schätzten. Hinsichtlich der zukünftigen Positionierung der Stadt erklärt sie, dass die Rechtslage durch das sogenannte Herrenberg-Urteil des Bundessozialgerichts von 2022 derzeit unklar sei. Der Gesetzgeber habe eine Übergangsregelung bis Ende 2026 geschaffen, wonach die Lehrtätigkeit weiterhin als freiberuflich angesehen werde. Eine endgültige gesetzliche Regelung sei jedoch noch ausstehend. Sie betont, dass die Stadt die Situation neu bewerten müsse, falls künftig nur noch festangestelltes Personal für Integrationskurse zulässig sei.</p> <p>Bianca Hofmann ergänzt, dass die aktuelle Rechtslage für die Lehrkräfte schwierig sei, da diese beispielsweise Erklärungen unterschreiben müssten, um ihre Unabhängigkeit zu wahren. Sie hebt hervor, dass viele Lehrkräfte, die seit Jahren tätig seien, möglicherweise eine Festanstellung mit Urlaubs- und Krankenversicherung bevorzugen würden. Sie verweist auf die Musikschule, bei der die Stadt eine Umstrukturierung vorgenommen habe, und fordert eine erhöhte Sensibilität für die Situation der Lehrkräfte. Sie betont, dass es Aufgabe der Politik sei, auf kommunaler und Bundesebene eine tragfähige Lösung zu finden, um engagierte Lehrkräfte langfristig zu motivieren.</p>
<p>6.</p>	<p style="text-align: center;">TOP 4. Brezelfestumzug; Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion vom 26.04.2025</p> <p>Stefanie Seiler leitet den Tagesordnungspunkt 4 ein und verweist auf die Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion, vertreten durch Michael Wagner, zum Thema Brezelfest-Umzug.</p> <p>Michael Wagner erläutert, dass der Verkehrsverein Speyer den Umzug für das Jahr 2025 abgesagt habe, wie in der Rheinpfalz am 24. April berichtet wurde. Diese Entscheidung habe in der Öffentlichkeit und auch innerhalb der CDU-Fraktion für Aufsehen gesorgt. Wagner gibt an, sich unmittelbar mit dem Vorsitzenden des Verkehrsvereins in Verbindung gesetzt zu haben, um die Hintergründe zu klären. Er habe daraufhin ein Schreiben an Innenminister Michael Ebling verfasst, da die Absage seiner Ansicht nach nicht nur den Verkehrsverein und die Stadt Speyer betreffe, sondern auch das Brauchtum und das gesellschaftliche Miteinander erheblich beeinflusse. Wagner betont, dass die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger oberste Priorität habe, stellt jedoch die Frage, wie weit der Sicherheitsgedanke gehen solle und ob die Anforderungen nach jedem neuen Vorfall weiter verschärft würden. Er verweist auf die Herausforderung, zwischen Sicherheit und Freiheit abzuwägen, und hebt hervor, dass es keine absolute Sicherheit geben könne. Wagner fordert, dass Vereine bei der Umsetzung von Sicherheitsmaßnahmen stärker unterstützt werden sollten, da diese Anforderungen für ehrenamtlich geführte Organisationen oft nicht erfüllbar seien. Er bedankt sich ausdrücklich bei den Verantwortlichen in Vereinen und Behörden für deren Engagement und weist auf die Resonanz hin, die sein Schreiben an den Innenminister ausgelöst habe.</p>

Stefanie Seiler unterbricht Wagner, um auf die Einhaltung der Redezeit hinzuweisen, lässt ihn jedoch seinen Gedanken abschließen. Sie kündigt an, dass Christian Kölsch die Anfrage beantworten werde, und verweist darauf, dass das Thema auch im Städtetag behandelt werde. Sie erwähnt, dass die Stadt Speyer ebenfalls an das Innenministerium geschrieben habe, um einheitliche Einschätzungen der Sicherheitsbehörden zu erhalten.

Christian Kölsch führt aus, dass die Stadt Speyer Anmeldeformulare entwickelt habe, die es den zuständigen Stellen ermöglichen, Veranstaltungen zu bewerten. Zudem seien Beispiele für Sicherheitskonzepte erstellt worden, um Vereinen die Erstellung solcher Konzepte zu erleichtern. Kölsch betont, dass nicht immer ein Sicherheitskonzept erforderlich sei; in manchen Fällen reiche ein Veranstaltungskonzept aus. Die Stadt biete weiterhin Unterstützung bei der Erstellung von Anmeldeformularen, Sicherheitskonzepten und Aufbauplänen an. Diese Unterstützung sei auch vom Verkehrsverein in Anspruch genommen worden, insbesondere im Zusammenhang mit dem Brezelfest und dem Brezelfest-Umzug. Kölsch erläutert, dass die Erforderlichkeit eines Sicherheitskonzepts von verschiedenen Faktoren abhängt, darunter die Personendichte, die Zusammensetzung der Besuchergruppen, das Veranstaltungsgelände und Erkenntnisse der Sicherheitsbehörden. Er hebt hervor, dass alle angemeldeten Veranstaltungen von der Ordnungsbehörde, der Polizei und weiteren zuständigen Stellen geprüft würden. Die Entscheidung, ob ein Sicherheitskonzept erforderlich sei, werde im Einzelfall getroffen und mit den Veranstaltern abgestimmt.

Stefanie Seiler ergänzt, dass das Thema urbane Sicherheit derzeit insbesondere im Hinblick auf interkommunale Unterstützung bei Zufahrtssperren diskutiert werde. Sie verweist darauf, dass die Stadt Speyer bei bestimmten Veranstaltungen, wie den verkaufsoffenen Sonntagen oder dem Bauernmarkt, selbst als Veranstalter auftrete, um die Verantwortung für Sicherheitsmaßnahmen zu übernehmen. Sie betont, dass die Stadt bestrebt sei, ein Einvernehmen mit den Sicherheitsbehörden zu erzielen, auch wenn diese teilweise strengere Sicherheitskonzepte forderten.

Michael Wagner stellt abschließend die Frage, wo die Grenze zwischen Sicherheit und Freiheit liege, und betont, dass diese Frage gesellschaftlich beantwortet werden müsse. Er weist darauf hin, dass weder Vereine noch Behörden in der Lage seien, Terrorakte vollständig zu verhindern, und fordert eine klare Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen Veranstaltern und dem Staatsschutz.

Stefanie Seiler schließt die Diskussion, indem sie betont, dass es ein Privileg sei, in einer Demokratie freie und zugängliche Feste zu feiern. Sie unterstreicht, dass die Stadt Speyer sich an die Vorgaben der Sicherheitsbehörden halte und gleichzeitig bestrebt sei, Veranstaltungen weiterhin zu ermöglichen. Sie weist darauf hin, dass die steigenden Anforderungen an Sicherheit und die damit verbundenen Kosten eine zunehmende Belastung für das Ehrenamt darstellten.

7. TOP 5. Brezelfestumzug; Prüfantrag der AfD-Stadtratsfraktion vom 27.04.2025

Stefanie Seiler leitet den Tagesordnungspunkt 5 ein und gibt an, dass ein Prüfantrag der AfD-Stadtratsfraktion vorliegt. Sie übergibt zunächst das Wort an Nicole Höchst.

Nicole Höchst äußert, dass die Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion und die dazugehörigen Antworten weitere Fragen aufwerfen würden. Sie betont, dass die derzeitige gesellschaftliche Situation, insbesondere im Hinblick auf Sicherheitsbedenken bei öffentlichen Veranstaltungen, kritisch zu betrachten sei. Sie führt aus, dass nicht diejenigen, die auf Missstände hinweisen, für die Unsicherheiten verantwortlich seien, sondern die tatsächlichen Vorfälle wie Terroranschläge und Messerstechereien. Sie kritisiert die ihrer Meinung nach unzureichende Auseinandersetzung mit diesen Themen und fordert, dass die Stadt Speyer alternative Streckenführungen, Absperrmöglichkeiten und logistische Machbarkeiten für den

	<p>Brezelfestumzug prüfe. Sie verweist auf Sicherheitskonzepte bei Karnevalsumzügen in Nordrhein-Westfalen und fordert eine Lösung, die die Tradition des Brezelfestumzugs bewahrt.</p> <p>Stefanie Seiler entgegnet, dass der Prüfantrag obsolet sei, da die Stadt Speyer bereits mehrfach mit dem Verkehrsverein in Gesprächen gewesen sei. Sie kündigt an, dass der Verkehrsverein am Abend eine Sitzung abhalten werde, um eine mögliche Durchführung des Umzugs zu besprechen. Nicole Höchst besteht jedoch darauf, den Antrag zur Abstimmung zu bringen, auch wenn er obsolet sei.</p> <p>Jana Dreyer weist darauf hin, dass die Absage des Brezelfestumzugs viele Diskussionen ausgelöst habe. Sie betont, dass die Grünen in engem Austausch mit anderen Parteien, der Verwaltung und dem Verkehrsverein gestanden hätten, um eine Lösung zu finden. Sie hebt hervor, dass die Stadt bereits aktiv an einer Lösung arbeite, und kritisiert die AfD für deren Antrag. Sie erklärt, dass ihre Fraktion keine Anträge einer rechtsextremistischen Partei unterstützen werde.</p> <p>Johannes Kabs äußert, dass die Bemühungen der Verwaltung und des Verkehrsvereins in den letzten Tagen deutlich erkennbar gewesen seien. Er erklärt, dass der Antrag der AfD nicht den gewünschten Lösungsansatz biete und daher von seiner Fraktion abgelehnt werde. Er betont, dass das Ziel sein müsse, den Brezelfestumzug in seiner ursprünglichen Form langfristig zu sichern.</p> <p>Claus Ableiter hebt die Bedeutung des Brezelfests als traditionsreiches und zentrales Ereignis in Speyer hervor. Er verweist auf die Bedrohung durch islamistische Anschläge sowie durch extremistische und psychopathische Taten. Er schlägt vor, die Sicherheit des Umzugs durch den Einsatz von Müllfahrzeugen und anderen Fahrzeugen der Stadt sowie durch die Unterstützung von Speditionen zu gewährleisten. Er fordert die Stadt auf, diese Maßnahmen zu organisieren, um den Umzug sicher durchzuführen.</p> <p>Aurel Popescu betont, dass absolute Sicherheit nicht gewährleistet werden könne, da Täter ihre Taten unabhängig von Sicherheitsmaßnahmen ausführen könnten. Er hebt jedoch die Bedeutung des Brezelfests als größtes Volksfest der Region hervor und spricht sich für eine enge Zusammenarbeit zwischen Stadt, Verkehrsverein und anderen Akteuren aus. Er kritisiert die AfD für deren populistische Rhetorik und weist darauf hin, dass der Antrag nicht unterstützenswert sei.</p> <p>Walter Feiniler zeigt Verständnis für die Entscheidung des Verkehrsvereins, den Umzug abzusagen, und betont, dass die Verwaltung bereits an einer Lösung arbeite. Er kritisiert die AfD für deren Umgang mit dem Thema in den sozialen Medien und erklärt, dass seine Fraktion den Antrag ablehnen werde.</p> <p>Dr. Sarah Mang-Schäfer äußert ebenfalls Verständnis für die Herausforderungen des Verkehrsvereins und hebt die Kreativität des Vereins bei der Streckenplanung hervor. Sie zeigt Vertrauen in die laufenden Gespräche zwischen Verwaltung und Verkehrsverein und erklärt, dass ihre Fraktion den Antrag der AfD nicht unterstützen werde.</p> <p>Nicole Höchst besteht abschließend darauf, den Antrag zur Abstimmung zu bringen, und weist die Vorwürfe anderer Fraktionen zurück. Sie betont, dass der Antrag keine rassistischen Inhalte enthalte und lediglich das Ziel verfolge, den Brezelfestumzug zu ermöglichen.</p> <p>Stefanie Seiler leitet die Abstimmung ein. Der Antrag wird mit vier Ja-Stimmen abgelehnt, es gibt keine Enthaltungen.</p> <p>Der Beschlussvorschlag wird wie folgt formuliert:</p> <p style="text-align: center;">Der Antrag wird abgelehnt. 4 Ja-Stimmen, keine Enthaltungen.</p>
8.	TOP 6. Sachlage Corona; Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion vom 27.04.2025

Stefanie Seiler leitet den Tagesordnungspunkt 6 ein, der sich mit einer Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion zur Sachlage Corona befasst. Benjamin Haupt äußert sich zunächst und betont, dass die von Stefanie Seiler zu Beginn angesprochenen Themen wie Spaltung und Dialog treffend seien. Er hebt hervor, dass viele Bürger sich mit Anliegen an die Fraktion gewandt hätten, und verweist auf eine noch unbeantwortete Anfrage aus dem Vorjahr. Haupt fordert eine wahrheitsgemäße Beantwortung der aktuellen Anfrage und kritisiert die bisherige Verzögerung.

Stefanie Seiler erklärt, dass die Stadt Speyer stets wahrheitsgemäß antworte und verweist auf die Geschäftsordnung des Stadtrates. Sie erläutert, dass die Definition einer Pandemie von der WHO vorgegeben sei und die Stadt Speyer nicht für etwaige Körperschäden durch Impfungen hafte, da dies nicht in ihrem Zuständigkeitsbereich liege. Auf die Frage nach der juristischen Prüfung der Corona-Maßnahmen führt sie aus, dass jede Fachabteilung ihre verwaltungsrechtlichen Aufgaben eigenständig geprüft habe. Die Rechtsabteilung habe in Zusammenarbeit mit den Fachbereichsleitungen Empfehlungen an den Stadtvorstand und den Verwaltungsstab gegeben. Ein Anspruch auf die Nennung von Namen der beteiligten Mitarbeiter bestehe nicht.

Zu der Frage, ob Gerichtsurteile aus anderen Bundesländern berücksichtigt wurden, erklärt Seiler, dass dies selbstverständlich der Fall gewesen sei, sofern die Urteile auf vergleichbare Sachverhalte anwendbar waren. Sie führt weiter aus, dass die Genehmigung zur Nutzung städtischer Räumlichkeiten für medizinische Zwecke durch den Stadtvorstand und den Verwaltungsstab erfolgt sei. Auch hier betont sie, dass kein Anspruch auf die Nennung von Namen der verantwortlichen Beamten bestehe. Der Verwaltungsstab habe sich gemäß der Stabsdienstordnung der Stadt Speyer zusammengesetzt, wobei je nach Bedarf medizinische Fachberater hinzugezogen worden seien.

Auf die Frage nach der Unterstützung von Kampagnen durch städtisches Personal erklärt Seiler, dass die Stadt Speyer das Impfzentrum in der Stadthalle mit eigenem Personal betrieben habe. Andere Aktionen seien nicht unterstützt worden, abgesehen von der Regelung der Verkehrssituation bei größeren Impfkationen. Zu möglichen gesundheitlichen Folgen der Impfungen wie Thrombosen oder Herzkomplicationen lägen der Stadt keine Daten vor. Auch zu den Inhaltsstoffen der Impfstoffe erklärt Seiler, dass diese als Adjuvantien weltweit zur Verringerung der Belastung durch Infektionskrankheiten eingesetzt würden und die wissenschaftliche Forschung hierzu noch nicht abgeschlossen sei.

Bezüglich der Frage nach Corona-Todesfällen und einer möglichen Übersterblichkeit führt Seiler aus, dass die Stadt keine Informationen über den Impfstatus der Verstorbenen habe. Sie bietet an, die Sterbefälle im Protokoll aufzuführen, und weist darauf hin, dass während der Hochphase der Pandemie die Todesfälle in Speyer signifikant zugenommen hätten. Zu den Teststationen erklärt sie, dass die Stadt Speyer nicht die Genehmigungsbehörde gewesen sei und die Kosten durch das Land getragen worden seien. Die Gesamtkosten hätten sich auf rund 1,9 Millionen Euro belaufen, was in einem gesonderten Controllingbericht transparent dargestellt worden sei.

Auf die Frage nach der Einsehbarkeit der Protokolle des Corona-Verwaltungsstabes erklärt Seiler, dass es keine einsehbare Protokollsammlung gebe. Alle beschlossenen Maßnahmen seien unmittelbar umgesetzt und öffentlich kommuniziert worden, unter anderem durch Pressemitteilungen und ein Bürgertelefon. Der Stadtrat sei regelmäßig über den aktuellen Stand informiert worden, unter anderem durch Videoschalten und Telefonkonferenzen.

Angela Wolf bringt eine frühere Anfrage zur Sprache, in der es um die Anzahl der Gerichtsverfahren im Zusammenhang mit Corona-Maßnahmen ging. Sie kritisiert, dass die Antwort der Stadt, es habe keine Verfahren gegeben, nicht korrekt gewesen sei, da sie selbst ein Verfahren geführt habe. Stefanie Seiler sichert zu, die Angelegenheit zu prüfen und das Protokoll der entsprechenden Sitzung einzusehen. Wolf fordert zudem die Nachreichung einer Antwort auf eine frühere Anfrage zur Corona-Beschilderung, was Seiler als obsolet bezeichnet, da eine neue Anfrage eingereicht worden sei.

	<p>Wolf äußert sich weiter zu den Körperschäden durch Impfungen und kritisiert, dass betroffene Menschen allein gelassen würden. Seiler weist darauf hin, dass die Geschäftsordnung des Stadtrates einzuhalten sei und Nachfragen zur aktuellen Anfrage gestellt werden sollten. Wolf bringt schließlich die Unterstützung von Impfkationen durch städtisches Personal zur Sprache und verweist darauf, dass Seiler selbst bei einer Impfkation am Purmann-Gymnasium anwesend gewesen sei. Seiler erklärt, dass ihre Anwesenheit der Unterstützung von Eltern und Kindern gedient habe, die mit Protesten konfrontiert worden seien.</p>
<p>9.</p>	<p style="text-align: center;">TOP 7. Wahl des Jugendstadtrates: Festsetzung des Wahltermins</p> <p>Stefanie Seiler erläutert, dass es um die Wahl des Jugendstadtrates sowie die Festsetzung des Wahltermins gehe. Sie verweist auf die vorliegende Beschlussvorlage und fragt, ob es hierzu Anmerkungen gebe. Da keine Wortmeldungen erfolgen, bittet sie die Anwesenden um ein Handzeichen, um über die Vorlage abzustimmen. Die Abstimmung erfolgt einstimmig. Sie bedankt sich und leitet zum nächsten Tagesordnungspunkt über.</p> <p>Der Beschlussvorschlag wird wie folgt formuliert:</p> <p style="text-align: center;">Wahl des Jugendstadtrates sowie Festsetzung des Wahltermins Einstimmig angenommen</p>
<p>10.</p>	<p style="text-align: center;">TOP 8. Ergebnishaushalt 2024; Übertragung von Ansätzen für ordentliche Aufwendungen und für ordentliche Auszahlungen des Haushaltsjahres 2024 nach § 17 GemHVO</p> <p>Stefanie Seiler verweist auf die vorliegende Vorlage zur Übertragung von Mitteln im Ergebnishaushalt und fragt, ob es hierzu Nachfragen gebe. Nachdem zunächst keine Rückfragen geäußert werden, bittet sie um ein Handzeichen zur Abstimmung.</p> <p>Dr. Sarah Mang-Schäfer meldet sich daraufhin zu Wort und stellt eine Nachfrage. Sie verweist auf ein Schreiben der ADD (Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion) und erkundigt sich, ob die geplante Mittelübertragung Auswirkungen auf die Investitionskredite habe und ob diese möglicherweise beanstandet würden.</p> <p>Stefanie Seiler erklärt, dass die Übertragung keine Auswirkungen auf die Investitionskredite habe. Sie stellt fest, dass keine weiteren Fragen vorliegen, und leitet die Abstimmung ein.</p> <p>Die Mehrheit der Anwesenden stimmt der Vorlage zu. Es gibt vier Enthaltungen, Gegenstimmen werden nicht verzeichnet.</p> <p>Der Beschlussvorschlag wird wie folgt formuliert:</p> <p style="text-align: center;">Zustimmung zur Vorlage Mehrheit der Anwesenden, 4 Enthaltungen</p>
<p>11.</p>	<p style="text-align: center;">TOP 9. Finanzhaushalt der Bürgerhospitalstiftung 2025; außerplanmäßige Bereitstellung von Mitteln nach § 100 Abs. 1 GemO in Verbindung mit § 6 der Stiftungssatzung bei der HHSt. 31191.0226000 (Verwaltung des Stiftungsvermögens; Grünflächen)</p>

	<p>Stefanie Seiler verweist zu Beginn des Tagesordnungspunkts 9 auf die vorliegende Verwaltungsvorlage und bittet um Stellungnahmen. Dr. Sarah Mang-Schäfer äußert Unklarheiten hinsichtlich der nicht eingeplanten Vertragserstellungskosten, insbesondere der Notarkosten. Sie hinterfragt, warum diese Kosten nicht im Haushalt berücksichtigt worden seien, obwohl bei einem Flächentausch mit derartigen Ausgaben zu rechnen sei.</p> <p>Sabine Dittus erklärt, dass ursprünglich von einer anderen Tauschfläche ausgegangen worden sei. Im Nachgang habe man sich jedoch für eine größere Fläche entschieden, was zu einer Differenz geführt habe. Sie betont, dass im Haushalt ursprünglich keine Mittel für das Rechtsgeschäft veranschlagt worden seien. Die entstehenden Zusatzkosten beliefen sich auf 10.000 Euro, die vollständig im Haushalt verbucht werden müssten. Dies sei jedoch unabhängig von den Notarkosten, da diese nicht Teil der Differenz seien.</p> <p>Dr. Sarah Mang-Schäfer weist darauf hin, dass die Vorlage den Eindruck erwecke, die 10.000 Euro seien zusätzliche Kosten, und hinterfragt erneut, warum die Notarkosten für das Tauschgeschäft nicht im Haushalt eingeplant worden seien. Sabine Dittus entgegnet, dass der Flächentausch im Vorjahr nicht absehbar gewesen sei, da ursprünglich eine Anmietung der Flächen geplant gewesen sei. Erst später habe man sich mit den Stadtwerken auf einen Flächentausch geeinigt. Daher seien weder Kaufpreise noch Notarkosten im Haushalt berücksichtigt worden.</p> <p>Dr. Sarah Mang-Schäfer erinnert daran, dass der Flächentausch bereits vor der Einbringung des Haushalts beschlossen worden sei, und bittet darum, zukünftig derartige Kosten frühzeitig einzuplanen. Sabine Dittus bestätigt, dass die Kosten nicht im Haushalt veranschlagt worden seien, ohne jedoch ein genaues Datum des Beschlusses nennen zu können.</p> <p>Stefanie Seiler leitet abschließend die Abstimmung ein. Der Beschluss wird mit vier Enthaltungen angenommen.</p> <p>Der Beschlussvorschlag wird wie folgt formuliert:</p> <p style="text-align: center;">Beschluss wird angenommen mit vier Enthaltungen.</p> <p style="text-align: center;">Angenommen mit vier Enthaltungen.</p>
12.	<p style="text-align: center;">TOP 10. Ergebnishaushalt der Waisenhausstiftung 2025; überplanmäßige Bereitstellung von Mitteln nach § 100 Abs. 1 GemO in Verbindung mit § 6 der Stiftungssatzung bei der HHSt. 36301.5299010 (Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe (Sonstige Aufwendungen für Sach und Dienstleistungen))</p> <p>Stefanie Seiler verweist zu Beginn des Tagesordnungspunkts 10 auf die vorliegende Beschlussvorlage und fragt, ob es hierzu Anmerkungen gebe. Sie führt aus, dass zukünftig ein verbessertes Verfahren angestrebt werde. In diesem Zusammenhang befinde man sich in Abstimmung mit der gewo, um zu klären, inwieweit entsprechende Haushaltsmittel bereitgestellt werden könnten.</p> <p>Da keine Wortmeldungen erfolgen, bittet Stefanie Seiler die Anwesenden um ein Handzeichen zur Abstimmung über die Vorlage. Die Vorlage wird mit einer Mehrheit angenommen. Es gibt drei Gegenstimmen sowie eine Enthaltung.</p> <p>Der Beschlussvorschlag wird wie folgt formuliert:</p> <p style="text-align: center;">Abstimmung über die Vorlage</p> <p style="text-align: center;">Mehrheitlich angenommen, 3 Gegenstimmen, 1 Enthaltung</p>

<p>13.</p>	<p style="text-align: center;">TOP 11. Umbesetzung der touristischen Hinweistafel - Welterbe SchUM auf der Autobahn (Tischvorlage)</p> <p>Stefanie Seiler erläutert, dass der Tagesordnungspunkt 11, der die Umsetzung einer touristischen Hinweistafel zum Welterbe SchUM an der Autobahn betrifft, nun zur Beratung stehe. Sie verweist dabei auf die entsprechende Vorlage sowie auf die vorangegangene Beratung im Kulturausschuss.</p> <p>Im Anschluss fragt sie, ob es hierzu Anmerkungen gebe. Da keine Wortmeldungen erfolgen, bittet sie um ein Handzeichen zur Abstimmung über die Vorlage. Die Abstimmung ergibt ein einstimmiges Votum für die Annahme der Vorlage.</p> <p>Der Beschlussvorschlag wird wie folgt formuliert:</p> <p style="text-align: center;">Abstimmung über die Vorlage einstimmiges Votum für die Annahme der Vorlage</p>
<p>14.</p>	<p style="text-align: center;">TOP 12. Umbesetzung von Ausschüssen (evtl. Tischvorlage)</p> <p>Stefanie Seiler verweist auf den Tagesordnungspunkt 12, der die Umbesetzung von Ausschüssen betrifft. Sie hebt hervor, dass hierzu eine Tischvorlage vorliege, die den Anwesenden zur Verfügung gestellt wurde. In diesem Zusammenhang fragt sie, ob es weitere Wünsche zur Umbesetzung gebe. Da keine weiteren Anträge oder Änderungswünsche geäußert werden, bittet sie die Anwesenden um ein Handzeichen, um über die vorliegende Tischvorlage abzustimmen.</p> <p>Im Anschluss stellt Stefanie Seiler fest, dass die Abstimmung einstimmig erfolgt ist. Sie bedankt sich bei den Anwesenden für die Zustimmung und schließt damit diesen Tagesordnungspunkt ab.</p> <p>Der Beschlussvorschlag wird wie folgt formuliert:</p> <p style="text-align: center;">Abstimmung über den Tagesordnungspunkt einstimmig</p>
<p>15.</p>	<p style="text-align: center;">TOP 13. Annahme und Verwendung von Spenden nach § 94 Abs. 3 GemO; (Tischvorlage)</p> <p>Stefanie Seiler führt aus, dass der Tagesordnungspunkt 13, welcher die Annahme und Verwendung von Spenden betrifft, nun behandelt werde. Sie fragt, ob es Einwände gegen die Annahme der Spenden gebe. Ebenso erkundigt sie sich, ob es Enthaltungen zu diesem Punkt gebe. Sie stellt fest, dass weder Einwände noch Enthaltungen vorliegen würden.</p> <p>Im Anschluss daran äußert Stefanie Seiler, dass man sich im Namen der Stadt herzlich bei den Spenderinnen und Spendern bedanken dürfe. Sie erklärt, dass der öffentliche Teil der Stadtratssitzung damit beendet sei, und bedankt sich abschließend bei den Anwesenden.</p> <p>Der Beschlussvorschlag wird wie folgt formuliert:</p> <p style="text-align: center;">Annahme der Spenden Keine Einwände oder Enthaltungen</p>